„Zum Wahlausfall“ (5. Mai 1924)

Kurzbeschreibung

Nachdem der Reichstag am 13. März 1924 aufgelöst worden war, fanden am 4. Mai 1924 Neuwahlen statt. Danach blieb die SPD die stärkste Partei im Reichstag. Dieser Artikel, der am Tag nach der Wahl in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* veröffentlicht wurde, kritisiert nicht nur das neue parlamentarische System in Deutschland, durch Kapitalismus und ausländische Interessen beeinflusst würde. Bei aller Kritik erkennt der Autor (nur durch die Initialen P. L. identifiziert) jedoch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Reichstag an, um regierungsfähig zu sein. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung*, die seit 1861 in Berlin erschien, diente während der Bismarck-Ära als inoffizielle Regierungszeitung und behielt auch in den folgenden Jahren eine konservative Ausrichtung bei. 1920 wurde die Zeitung von Hugo Stinnes aufgekauft, einem einflussreichen Industriellen und Abgeordneten der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Dieser Artikel veranschaulicht die zunehmend konservative, antirepublikanische Politik der Zeitung.

Quelle

Zum Wahlausfall

P.L. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das vollständige Resultat der Wahl vorliegt. Die bisher bekannt gewordenen Zahlen lassen erkennen, daß die allgemeine Erwartung über den Wahlausfall sich bestätigt hat und daß die radikalen Flügel gestärkt worden sind.

Immerhin ist diese Stärkung nicht so, daß die Bildung einer auf kräftiger Mehrheit beruhenden Regierung irgendwie in Frage gestellt würde. Im heutigen Deutschland haben die Reichstagswahlen auch vom Standpunkt der Sozialdemokratie nicht mehr die Bedeutung, die Friedrich Engels einst ihnen zuschrieb, daß sie nämlich der revolutionären Arbeiterklasse Gelegenheit gäben, sich zu zählen. Der große „Kladderadatsch“, auf den man damals zählte, ist inzwischen eingetreten, wenn auch in ganz anderen Formen, unter ganz anderen Verhältnissen und vor allem mit ganz andern Konsequenzen, wie die Sozialdemokratie damals annahm. Heute bestimmt sich nach der Zusammensetzung des Reichstages auch die Zusammensetzung des Kabinetts, und die Zeiten, wo die Wahlen eine Art revolutionärer Algebra darstellten, sind endgültig vorbei.

Nur muß der Knorr den Knubben hübsch vertragen, wie es bei Lessing heißt, und die Parteien, die durch ihre Stärke den Anspruch erheben dürfen, im Reichskabinett vertreten zu sein, dürfen nicht deshalb den Eintritt in den Kreis der Verantwortung ablehnen, weil ihnen die Nase des Nachbarn nicht gefällt. In Deutschland ist man gewöhnt, wenn von Parlamentarismus die Rede ist, nach England zu blicken und im dortigen Zweiparteisystem die natürliche Voraussetzung dieser Regierungsform zu erblicken. In Wahrheit beruht dieses Zweiparteiwesen auf dem gesellschaftlichen Ausnahmecharakter der Insel, der sich in seiner historischen Eigenart nur so lange halten konnte, wie die weltbeherrschende Stellung Englands unerschüttert blieb und die Regierung des Landes eine beiläufige Beschäftigung vornehmer Leute blieb, die von ihren Fuchsjagden und Portweingelagen ein wenig Zeit für den „Staat“ übrig behielten. Sobald durch die Weltmarktkonkurrenz diese Stellung Englands erschüttert war, erhoben sich die sozialen Klassengegensätze, und das Aufkommen der Arbeiterpartei und ihr Eintritt in die Regierung – eine Sache, die noch vor wenigen Jahren so unvorstellbar war, wie zur Zeit des Zarismus die russische Revolution – hat dem Zweiparteiensystem im klassischen Lande des Parlamentarismus ein Ende gemacht. England bewegt sich also in dieser Hinsicht in der Richtung auf kontinentale Verhältnisse. Immerhin ist die Vielparteilerei, die wir in Deutschland haben, bei weitem zu stark. Wir tragen die Spuren unserer

geschichtlichen Entwicklung und die unheilvolle Zerreizung unseres Volkstums in kultureller und religiöser Hinsicht in Nord- und Süddeutsche, in Protestanten und Katholiken, auch im Parteiwesen deutlich an uns. Der Kapitalismus, der sonst die Neigung hat, alle historischen Gegensätze zu überbrücken und neue soziale Gegensätze zu schaffen, hat in Deutschland nur das zweite getan. Er hat uns neue Schärfen gebracht und den Klassenkampfgedanken bis zu einem sonst unbekannten Grade zugespitzt. Die verhängnisvolle Unterbrechung, die der Kapitalismus seit 1914 in seinem normalen Entwicklungsgange erfahren hat, also seit immerhin schon 10 Jahren, hat ihm auf der andern Seite die Kraft geraubt, die alten kulturellen Gegensätze im deutschen Volke abzuglätten, und so haben wir in diesen 10 Jahren ein Aufleben des Partikularismus und vieler schon überwunden geglaubter Widerstände erlebt, dessen Ergebnis die schier groteske Fülle von Parteien und Wahlvorschlägen darstellt.

Immerhin hat die Wucht der Massenbewegung, wie sie die Reichstagswahl des großen europäischen Zentralvolks darstellt, die meisten Parteikrümel vom Tische gefegt. Aber es ist doch bezeichnend, daß zu den alten Parteien zwei neue hinzugetreten sind, die bei den letzten Wahlen noch gar nicht oder nur in bescheidenen Ansätzen vorhanden waren und die jetzt eine Stimmenzahl auf sich vereinigt haben, die nicht erwarten läßt, daß sie schnell wieder verschwinden werden. Wir meinen die Völkischen und die Kommunisten. Mit beiden wird man als mit grundsätzlichen Oppositionsparteien zu rechnen haben. Und eine Opposition ist so notwendig wie das Salz in der Suppe. Was die übrigen Parteien betrifft, so wird es auf sie selber ankommen, wie sie sich zusammenfinden und wer sich zusammenfindet.

Für selbstverständlich halten wir den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Das sind sie ihren Wählern schuldig, die mit der Wahl eines Konservativen keine Partei haben wählen wollen, die mit dem Rücken gegen den Staat steht, weil dieser Staat eine Republik ist. Es ist anzunehmen, daß die Deutschnationale Volkspartei diesen Schritt vollziehen wird. Damit wäre ein wesentlicher Schritt im Sinne nationaler Solidarität und inneren Ausgleiches getan. Es ist sicher, daß mit dem Eintritt der Konservativen die Frage einer Beteiligung der Sozialdemokraten an der Kabinettsbildung erledigt sein würde. Und damit kann man nur einverstanden sein. Einmal hat sich die Sozialdemokratie durch ihre bisherige Beteiligung an der Reichskabinettsbildung genügend vor den Massen kompromittiert, als daß sie noch imstande wäre, mit einer gar zu bedenkenfreien Agitationssprache die Verantwortung für die Zustände in Staat und Gesellschaft ablehnen zu können. Die Partei hat eine sehr wohltuende Niederlage erlitten. Von den rund 11 Millionen Stimmen, die im Jahre 1920 Sozialdemokraten und Unabhängige erhalten haben, hat die Vereinigte Partei ungefähr 50 Prozent eingebüßt. Ein erheblicher Teil ihrer einstigen Anhänger ist nach rechts abgewandert zu den Konservativen, was besonders aus dem Wahlausfall in Merseburg sich ergibt. Auf der andern Seite ist es absolut notwendig, daß in der auswärtigen Situation des Reiches die spezifische Partei des Pazifismus und der internationalen Verbrüderungsphraseologie jedes direkten Einflusses auf den Gang der politischen Ereignisse und Entschlüsse entkleidet wird. Die Telegramme aus dem feindlichen Ausland von den „Bruderparteien“, die sich die Sozialdemokratie als eine Feder an den Hut gesteckt hat, machen sie von vornherein im jetzigen Augenblick völlig ungeeignet zu jeder Regierungsbeteiligung. Es ist also darauf hinzuarbeiten, daß eine große Koalition der bürgerlichen Parteien von rechts bis zu den Sozialdemokraten ausschließlich zu bilden ist. Ein Kabinett, das sich auf solche Mehrheit stützen könnte, wäre ganz anders imstande, den deutschen Willen und die deutschen Interessen den Feinden gegenüber zu vertreten, als die Minderheitsregierungen von heute. Das Ausland soll und muß merken, daß in Zukunft gewisse naive Gemeinheiten und Zumutungen Deutschland gegenüber nicht mehr möglich sind. Wir wissen, daß wir in bitterer Zwangslage leben und daß wir zahlen und bluten müssen. Wir wissen aber auch, daß wir ein starkes und stolzes Volk sind, das jahrelang gewohnt war, den Rücken der Feinde zu sehen, und das man nicht ewig ungestraft mißhandeln darf.

Immerhin sei gleich gesagt, daß die hier verlangte „große Koalition“ nur eine Forderung der heutigen politischen Lage ist, die in ihrer zwingenden Not vielleicht noch einige Jahre dauern mag. Aber im

Grunde ist diese „große Koalition“ nur eine kleine Koalition. Als heuristisches Prinzip muß vor dem deutschen Wähler stets die Forderung einer Regierungsbildung von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten einschließlich stehen. Das mag heute noch sehr verwegen klingen. Allein wer der grausigen Schwüre gedenkt, die im Lager der Sozialdemokratie jahrelang geschworen wurden, sogar von ganz harmlosen Leuten wie Hermann Müller, nie und nie und nie und nie mit einer Partei wie der nationalliberalen, oder wie sie jetzt heißt, der Deutschen Volkspartei, zusammenzugehen, und vor allen Dingen nicht mit einem so typischen Repräsentanten des Kapitalismus wie Herrn Stresemann, und wer dann erlebt hat, wie selbst die Unabhängigen das rote Taschentuch schweigend in die Tasche gesteckt und wie selbst ein so berufener Kunde wie Crispien, der kein deutsches Vaterland kennt, an den Busen dieser kapitalistischen Partei gesunken ist und sogar als Parteivorstand und Tambourmajor der „Vereinigten Sozialdemokratie“ den Abmarsch nach rechts mit kommandiert hat, - wer das alles jahrelang mit angesehen und angehört hat, der misstraut den Schwüren der Politiker noch mehr als den Schwüren der Liebenden. Als großer Marschrichtungspunkt muß vor uns die „große Koalition“ von Westarp mit Müller stehen. In den Jahren, die kommen, wird der Zersetzungs- und Klärungsprozeß der Parteien auf der Rechten wie auf der Linken weiter vor sich gehen, und die peitschende Not des Landes, die eher steigen als abnehmen mag, wird den führenden Politikern schon das bißchen Dialektik einpauken, das nötig ist, um den Gedanken der nationalen Solidarität aus einer Parteiphrase zur Wirklichkeit zu machen. Hinter der Sozialdemokratie steht die deutsche Arbeiterklasse, und die brauchen wir. Auch sie darf ebenso wenig mit dem Rücken gegen den republikanischen Staat stehen, wie die Konservativen. Wir brauchen, um mit Fichte zu reden, den Zwingherrn zur Deutschheit.

Als eine Etappe zu diesem Ziele wollen wir das bisherige Ergebnis der Reichstagswahlen begrüßen.

Quelle: „Zum Wahlausfall“, *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 5. Mai 1924. Online verfügbar unter: http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/2807323X/

Empfohlene Zitation: „Zum Wahlausfall“ (5. Mai 1924), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-4640> [15.10.2026].